

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

Sitzung: Freitag, 03.11.2023

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:03 Uhr

Ende: 18:31 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Mitglieder

Frau Susanne Hahn - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Sonja Lerche - SPD

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Herr Thorsten Köster - CDU

bis 18:24 Uhr

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Maximilian Pohler - CDU

Herr Kai Tegethoff - Die FRAKTION. BS

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS

bis 18:05 Uhr

Herr Sven-Markus Knurr - Direkte Demokraten

bis 17:52 Uhr

Herr Mathias Möller - FDP

bis 18:05 Uhr

Herr Stefan Wirtz - AfD

bis 18:05 Uhr

sachkundige Bürger

Herr Jan Höltje - CDU

Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE

bis 17:07 Uhr

Frau Susanne Schroth - CDU

bis 17:17 Uhr

Herr Oskar Schwarz - CDU

Herr Shivam-Ortwin Tokhi - SPD

Herr Dr. Helge Wendenburg - SPD

Herr Uwe Mickler - Polizeiinspektion Braunschweig

bis 18:05 Uhr

Frau Gunhild Salbert - Seniorenrat Braunschweig

bis 17:35 Uhr

Herr Peter Wolff - Behindertenbeirat Braunschweig

Vertretung für: Herrn Aytekin Demirbas

Gäste

Herr Matthias Fricke - ALBA Braunschweig GmbH

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII

Herr Stephan Kühl - FBL 60

Frau Bianca Winter - RefL 0600

Herr Burkhard Wiegel - FBL 66

Frau Katja Sellmann - stv. RefL 0600

Herr Timo Weichsler - RefL 0660

Frau Dr. Amrit Bruns - StL 66.24

Herr Lars Lau - StL 66.11

Frau Kristina Ehrenreich - FB 66

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Herr Matthias Disterheft - SPD entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Aytekin Demirbas - Behindertenbeirat Braunschweig entschuldigt

Verwaltung

Herr Dirk Franke - RefL 0650 entschuldigt

Herr Wilhelm Eckermann - FBL 65 entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 06.09.2023 (öffentlicher Teil)
- 3 Mitteilungen
 - 3.1 Bioabfallvergärungsanlage - Sachstandsbericht 2023 23-22086
 - 3.2 Radverkehrsführung Rüninger Weg 23-21275-03
 - 3.3 Mündliche Mitteilungen

4	Anträge	
4.1	Einrichtung von Schulstraßen als Pilotprojekte	23-22162
4.1.1	Einrichtung von Schulstraßen als Pilotprojekte Änderungsantrag zum Antrag 23-22162	23-22162-01
5	Siebente Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung)	23-21750
5.1	Siebente Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung)	23-21750-01
6	Abfallentsorgungssatzung, 8. Änderung	23-22226
7	Umgestaltung Fritz-Bauer-Platz	23-21814
8	Eckpunktepapier zur Realisierung eines städtischen Fahrradverleihsystems	23-21321
8.1	Eckpunktepapier zur Realisierung eines städtischen Fahrradverleihsystems	23-21321-01
9	Planung einer barrierefreien Wegeverbindung in Leiferde zwischen Thiedebacher Weg und Bahnhofstraße im Zuge der Reaktivierung des DB-Haltepunktes Leiferde	23-22263
10	Anfragen	
10.1	"Was stoppt dich...?": Ergebnisse der Online-Beteiligung zur Verbesserung des Radwegenetzes	23-22215
10.1.1	"Was stoppt dich...?": Ergebnisse der Online-Beteiligung zur Verbesserung des Radwegenetzes	23-22215-01
10.2	Gummibäume, Poller und kreative Stadtgestaltung für sehbehinderte Menschen	23-22103
10.2.1	Gummibäume, Poller und kreative Stadtgestaltung für sehbehinderte Menschen	23-22103-01
10.3	Moia: Neuer Mobilitätsbaustein auch für Braunschweig?	23-22256
10.3.1	Moia: Neuer Mobilitätsbaustein auch für Braunschweig?	23-22256-01

10.4	DRINGLICHKEITSANFRAGE: Unseren Innenstadthandel gerade in der Weihnachtszeit stärken - Parkplätze sichern und bereitstellen	23-22355
10.4.1	DRINGLICHKEITSANFRAGE: Unseren Innenstadthandel gerade in der Weihnachtszeit stärken - Parkplätze sichern und bereitstellen	23-22355-01
10.5	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Die Ausschussvorsitzende informiert, dass Ratsherr Disterheft entschuldigt fehlt und Herr Demirbas durch Herrn Wolff vertreten wird.

Anschließend erklärt sie, dass die Dringlichkeitsanfrage: Unseren Innenstadthandel gerade in der Weihnachtszeit stärken - Parkplätze sichern und bereitstellen (23-22355) der CDU-Fraktion vorliegt.

Ratsherr Pohler bringt die Dringlichkeitsanfrage für die CDU-Fraktion ein und begründet die Dringlichkeit.

Nachdem Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth feststellt, dass die Dringlichkeit von den Ausschussmitgliedern einstimmig anerkannt wird, wird die Dringlichkeitsanfrage unter TOP 10.4 in die Tagesordnung eingefügt.

Ausschussvorsitzende Kluth stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 06.09.2023 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

3. Mitteilungen

3.1. Bioabfallvergärungsanlage - Sachstandsbericht 2023

23-22086

Stadtbaurat Leuer führt in die Mitteilung 23-22086 ein.

Herr Fricke, Geschäftsführer der ALBA Braunschweig GmbH, erläutert den Sachstand zur Bioabfallvergärungsanlage anhand einer Präsentation.

Protokollnotiz: Die Präsentation wurde der Mitteilung 23-22086 im Ratsinformationssystem Allris protokollarisch angefügt. <https://ratsinfo.braunschweig.de/bi/to020.asp?TOLFD-NR=1076054>

Auf Nachfrage von Bürgermitglied Dr. Wendenburg stellt Herr Fricke seine Auffassung dar, dass die Bioabfallvergärungsanlage mit der vorgeschlagenen Kapazität von 30.000 Tonnen und der vorgesehenen Verweilzeit für die vorhandenen Mengen gut aufgestellt ist. Die in Braunschweig insgesamt anfallenden Grünabfall-Mengen sind ihm nicht bekannt.

Auf Nachfrage von Ratsherr Wirtz informiert Herr Fricke, dass bei der Gesamtkapazität der Anlage von 30.000 Tonnen eine freie Kapazität von 7.000 Tonnen besteht. Er verweist darauf, dass Städte wie beispielweise Salzgitter, Wolfsburg oder Gifhorn aufgrund ihres eigenen Mengenaufkommens keine eigene Bioabfallvergärungsanlage bauen werden. Die genannten Kommunen haben zusammen ein Mengenaufkommen von etwa 25.000 Tonnen, das in regelmäßigen Intervallen ausgeschrieben wird. Aufgrund des CO₂-Aspekts (Transport) spielt bei den genannten Mengen auch der Regionsgedanke für die Braunschweiger Anlage eine Rolle. Darüber hinaus gibt Herr Fricke noch den Anteil von etwa 30 Prozent des Bioabfalls zu bedenken, der in den Haushalten dem Restabfall zugeführt wird.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Arning stellt Herr Fricke klar, dass in die Bioabfallvergärungsanlage keine gewerblichen Speisereste und verpackte Lebensmittel eingebracht werden. Für einen derartigen Betrieb der Anlage wird keine Genehmigung erteilt.

Zur Frage von Ratsherr Dr. Plinke, ob es sich bei „Siebüberlauf“ um ein Material handelt, das in das Altholzkraftwerk von BS|Energy eingespeist werden kann, sagt Herr Fricke eine Klärung im Nachgang der Sitzung zu.

Protokollnotiz: Nach Veröffentlichung von BS Energy (siehe Bereich Biomasse: Kohleausstieg - BS|ENERGY (bs-energy.de)) soll auch die Verwertung von Siebüberläufen im Kraftwerk möglich sein. Weitere Details hierzu liegen der ALBA GmbH nicht vor.

Ratsfrau Mundlos fragt, ob mittelfristig daran gedacht wird, die grüne Tonne vor dem Hintergrund der nicht zu erzielenden Energiegewinnung bei Eigenkompostierung neu zu konzipieren.

Herr Fricke verweist auf die gesetzliche Regelung, die Eigenkompostierung grundsätzlich ermöglichen zu müssen. Zur Nachfrage von Ratsfrau Mundlos, wie viele Haushalte in Braunschweig selbst kompostieren und ohne grüne Tonne auskommen, sagt Herr Fricke eine Klärung zu.

Protokollnotiz: Für das Berichtsjahr 2022 hat die ALBA GmbH am 04.01.2023 folgende Situation bei der Nutzung/Nichtnutzung der Biotonne und der Eigenkompostierung:

Anfallstellen	Anzahl
mit Biotonnennutzung	32.155
mit Biotonne und gleichzeitig Eigenkompostierung (EK)	86
mit Befreiung von der Nutzung der Biotonne (EK)	5.262
ohne Nutzungsmöglichkeit der Biotonne	3.163

Die Zahlen für das Berichtsjahr 2023 werden zu Beginn des Jahres 2024 ausgewertet.

Stadtbaudirektor Leuer unterstreicht zur Größe der Anlage das Ziel, die für Braunschweig beste Lösung zu finden. Die Kapazität von 30.000 Tonnen wird im weiteren Verfahren nochmals

kritisch durch die Verwaltung betrachtet. Die abschließende Einschätzung zu den Grünabfall-Mengen wird die Verwaltung für die Gremien aufbereiten. Dies gilt ebenso für den Neubau des optionalen Blockheizkraftwerks

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.2. Radverkehrsführung Rüninger Weg

23-21275-03

Stadtbaudirektor Leuer erläutert die Mitteilung 23-21275-03.

Auf Hinweis von Bürgermitglied Dr. Schröter sagt Stadtbaudirektor Leuer zu, die Piktogramme auf dem Rüninger Weg größer auszuführen als dies auf der Saarbrückener Straße erfolgt ist. Da in der Saarbrückener Straße das Parken im Gegensatz zum Rüninger Weg geordnet erfolgt, können Piktogramme auf dem Rüninger Weg in Fahrtrichtung Norden wegen der möglichen „Überparkung“ ggf. nur in Einmündungsbereichen aufgebracht werden.

Ratsfrau Jalyschko lobt die Verwaltung für die Durchführung des Ortstermins, der in einer aus ihrer Sicht aufgeladenen Atmosphäre stattgefunden hat. Die Mitteilung der Verwaltung ist für sie nachvollziehbar. Sie kritisiert allerdings, dass fachliche Notwendigkeiten aufgrund einer emotionalisierten Haltung nur eingeschränkt umgesetzt werden und äußert den Wunsch gemeinsam zu überlegen, wie künftig mit Beteiligungsformaten konstruktiv umgegangen wird.

Stadtbaudirektor Leuer hebt die Entscheidung der Tiefbauverwaltung hervor, in Anbetracht der schwierigen Diskussionslage das Ziel einer Verbesserung für den Radverkehr dennoch weiterzuverfolgen und Piktogramme auf der Fahrbahn vorzusehen.

Ratsfrau Hahn trägt die in der Sitzung des Stadtbezirksrats 211 Braunschweig-Süd vorgetragene Bitte vor, die Verwaltung möge die Anwohnenden zum Rückschnitt des von den Privatgrundstücken in den Gehweg entlang des Rüninger Weg hineinragenden Grünbewuchs aufzufordern.

Bürgermitglied Dr. Wendeburg lobt die Verwaltung für den Umgang mit der schwierigen Situation. Er erinnert an die unterschiedlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Verkehrssituation auf dem Rüninger Weg in den zurückliegenden Jahrzehnten, die aus seiner Sicht ursächlich für die emotional geführte Diskussion sind.

Bürgermitglied Schroth gibt den Hinweis auf ggf. zusätzliche Hinweisschilder „Radfahren hier auch auf der Fahrbahn“ und/oder „Überholabstand 1,50 m“ entlang der Straße Rüninger Weg.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.3. Mündliche Mitteilungen

3.3.1

Stadtbaudirektor Leuer informiert über den Sachstand zu den Radschnellwegen (RSW).

Radschnellweg von Braunschweig nach Wolfenbüttel und Salzgitter

Die Städte Braunschweig, Wolfenbüttel und Salzgitter haben mit dem Regionalverband Großraum Braunschweig (RGB) eine Planungs- und Kooperationsvereinbarung geschlossen. Für den Radschnellweg wurde eine Machbarkeitsstudie erstellt und ein Förderantrag mit einer Förderquote von bis zu 75 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten gestellt. In einem nächsten Schritt ist in einem VgV-Verfahren ein Ingenieurbüro für die weitere Planung auszuwählen. Nach Erteilung des Auftrages wird das Büro mit der Planung beginnen. In die Planung wird die Öffentlichkeit eingebunden.

Radschnellweg von Braunschweig über Lehre nach Wolfsburg

Das Projekt gestaltet sich im Vergleich zum vorgenannten RSW komplexer, da die Städte Braunschweig und Wolfsburg nicht aneinandergrenzen. Deshalb wurde zusammen mit der Gemeinde Lehre eine Planungs- und Koordinierungsvereinbarung mit dem Regionalverband Großraum Braunschweig geschlossen. Auch bei diesem Radschnellweg hat der Regionalverband die Federführung übernommen. Förderanträge wurden für zwei der drei Abschnitte gestellt. Im mittleren Abschnitt (im Bereich Lehre und in Teilabschnitten auf den Gebieten von Braunschweig und Wolfsburg) wird die Mindestnutzerzahl von 2.000 Radfahrende/Tag jedoch nicht erreicht. Hier ist der RGB auf der Suche nach anderen Fördermöglichkeiten. Im Anschluss an den Förderantrag erfolgen vorbereitende Arbeiten zur Durchführung eines europaweiten Vergabeverfahrens, an dessen Ende die Beauftragung eines Planungsbüros steht. Der Start dieses Verfahrens ist erst nach Vorliegen eines Förderbescheides möglich.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth informiert Stadtbaurat Leuer über die für den Radschnellweg Braunschweig - Wolfenbüttel und Salzgitter vorgesehene Realisierung im Jahr 2030. Für den Radschnellweg von Braunschweig über Lehre nach Wolfsburg liegt noch keine Zeitschiene vor.

4. Anträge

4.1. Einrichtung von Schulstraßen als Pilotprojekte	23-22162
4.1.1. Einrichtung von Schulstraßen als Pilotprojekte Änderungsantrag zum Antrag 23-22162	23-22162-01

Ratsfrau Kluth bringt den interfraktionellen Antrag 23-22162 von SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Gruppe Die FRAKTION, BS und BIBS-Fraktion ein und begründet diesen.

Ratsherr Pohler bringt für die CDU-Fraktion den Änderungsantrag 23-22162-01 ein und begründet diesen.

Ratsherr Dr. Plinke plädiert dafür, nicht den Änderungsantrag 23-22162-01, sondern den Antrag 23-22162 zu beschließen, da die Initiative zur Einrichtung einer Schulstraße nach seiner Auffassung von den Schulen ausgehen sollte.

Ratsfrau Hahn kündigt für die SPD-Fraktion die Ablehnung des Änderungsantrags 23-22162-01 an, da es sich hierbei aus ihrer Sicht um einen Verhinderungsantrag handelt.

Zur Nachfrage von Ratsherr Knurr, ob eine Aufhebung der in den Anträgen genannten Beschränkung auf bis zu zwei Schulstraßen sinnvoll wäre, befürwortet Stadtbaurat Leuer die Beschränkung, da seitens der Verwaltung zunächst Erfahrungen zu sammeln sind.

Ratsfrau Jalyschko betont, dass Kinder und Jugendliche ein Recht darauf haben, sich sicher im öffentlichen Raum fortbewegen zu können. Dieses Recht wird aus ihrer Sicht jedoch durch die größtenteils heute noch bestehende Gestaltung und Verteilung des öffentlichen Straßenraums massiv beschnitten. Die daraus resultierende Unsicherheit der Kinder ist für sie daher der Grund vieler Eltern, ihre Kinder mit dem Auto zur Schule zu bringen. Der Antrag 23-22162 soll dazu beitragen, diese Ängste zu mindern und die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen auf dem Weg zur Schule zu erhöhen. Die im Änderungsantrag 23-22162-01 vorgesehene Ausnahmeregelung, betroffene Anwohnerinnen und Anwohner von möglichen Sperrungen auszunehmen, führt das Pilotprojekt für Ratsfrau Jalyschko ad absurdum.

Ratsherr Pohler widerspricht der Vermutung, das Pilotprojekt mit dem Änderungsantrag 23-22162-01 verhindern zu wollen und verweist hierzu auf das formulierte Ziel, spätestens zum Beginn des Schuljahres 2024/2025 zwei Schulstraßen als Pilotprojekte an geeigneten Grundschulen in Braunschweig einzurichten. Darüber hinaus hebt Ratsherr Pohler den nach seiner Auffassung unbedingt erforderlichen Dialog mit den Anwohnenden hervor.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt zunächst über den weitergehenden Änderungsantrag 23-22162-01 abstimmen und stellt fest, dass dieser abgelehnt wird. Anschließend stellt sie den Antrag 23-22162 zur Abstimmung.

Beschluss zu Änderungsantrag 23-22162-01:

1. Ziel ist es, spätestens zum Beginn des Schuljahres 2024 / 2025 zwei Schulstraßen als Pilotprojekte an geeigneten Grundschulen in Braunschweig einzurichten.
2. Eine Schulstraße ist dabei eine Straße oder ein Straßenabschnitt, der sich in unmittelbarer Nähe einer Schule befindet und speziellen Verkehrsregelungen und Sicherheitsmaßnahmen unterliegt, um die Sicherheit der Schüler zu gewährleisten. Regelungen und Merkmale einer Schulstraße umfassen im Allgemeinen temporäre Sperrung, Verkehrsschilder, Elterntaxi-Verbot, Geschwindigkeitsbegrenzungen, Verkehrserziehung und weiteren.
3. Die Suche und die Ausgestaltung der zwei geeigneten Schulen geschieht unter Einbeziehung der Grundschulen und der betroffenen Anlieger.
4. Über die Einrichtung des Pilotprojektes entscheidet der Rat nach vorheriger Beteiligung seiner Fachausschüsse (Schulausschuss und Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben) im nächstmöglichen Gremienlauf. Und zwar unter Darstellung folgender Punkte:
 - a) die Standorte
 - b) die zu treffenden Maßnahmen (bspw. Geschwindigkeitsreduzierungen, Parkplatzsituation) und deren Durchsetzung (Polizei, ZOD, Eltern und/oder Schülerlotsen)
 - c) die Auswirkungen (bspw. Versicherungsfragen)
 - d) die erwarteten Kosten
 - e) die Notwendigkeit (Handelt es sich um einen Unfallschwerpunkt? Betrifft es eine Durchgangsstraße?)
 - f) Alternativen (bspw. ÖPNV und Radverkehr)
 - g) Mögliche Verdrängungseffekte
5. Die dann betroffenen Anwohner sind von möglichen Sperrungen auszunehmen, so dass auch die in DS.-Nr. 23-21226-01 genannte Ausnahmegebühr in Höhe von 200 Euro pro Jahr entfällt.

Abstimmungsergebnis zu Änderungsantrag 23-22162-01 (Empfehlung an VA und Rat):
dafür: 3 dagegen: 7 Enthaltungen: 0

Beschluss zu Antrag 23-22162:

Die Verwaltung wird beauftragt, spätestens zum Beginn des Schuljahres 2024/2025 ein bis zwei Schulstraßen als Pilotprojekte an geeigneten Schulen in Braunschweig einzurichten, sofern sich interessierte Schulgemeinschaften proaktiv mit dem Wunsch nach einer Schulstraße an die Verwaltung wenden und die Einrichtung sich aus verkehrsbehördlicher Sicht realisieren lässt.

Eine Schulstraße ist dabei eine Straße oder ein Straßenabschnitt, die oder der sich in unmittelbarer Nähe einer Schule befindet und speziellen Verkehrsregelungen und Sicherheitsmaßnahmen unterliegt, um die Sicherheit der Schüler:innen zu gewährleisten. Regelungen und Merkmale einer Schulstraße umfassen im Allgemeinen temporäre Sperrung für den motorisierten Individualverkehr (Elterntaxi-Verbot) sowie die begleitende Verkehrserziehung.

Abstimmungsergebnis zu Antrag 23-22162 (Empfehlung an VA und Rat):
dafür: 7 dagegen: 3 Enthaltungen: 0

- | | |
|--|--------------------|
| 5. Siebente Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) | 23-21750 |
| 5.1. Siebente Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) | 23-21750-01 |

Stadtbaudrat Leuer führt in die Vorlage ein und informiert über den geänderten Beschluss des Stadtbezirksrats 321 [Lehdorf-Watenbüttel](#) über die Vorlage 23-21750 in Bezug auf eine erste Pflege des Marktplatzes in der Neuen Mitte in Lamme sowie der angrenzenden Straßenbahnvorbehaltfläche. Stadtbaudrat Leuer weist darauf hin, dass die Straßenreinigungssatzung nur auf gewidmeten Flächen gilt. Insofern wird die Verwaltung den Sachverhalt prüfen und den Stadtbezirksrat 321 im Anschluss informieren.

Protokollnotiz: Ratsfrau Lerche verlässt um 16:26 Uhr die Sitzung.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über die Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage 23-21750-01 abstimmen.

Beschluss zu Ergänzungsvorlage 23-21750-01:

Die als Anlage 1 beigelegte Siebente Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis zu Ergänzungsvorlage 23-21750-01 (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- | | |
|---|-----------------|
| 6. Abfallentsorgungssatzung, 8. Änderung | 23-22226 |
|---|-----------------|

Stadtbaudrat Leuer führt in die Vorlage 23-22226 ein.

Protokollnotiz: Ratsfrau Lerche nimmt ab 16:30 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler verlässt um 16:30 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Dr. Plinke kündigt seine Zustimmung zur Vorlage 23-22226 an.

Ratsherr Köster erklärt die die CDU-Fraktion die Zustimmung zur Vorlage 23-22226.

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler nimmt ab 16:33 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Auf Hinweis von Ratsherr Wirtz kündigt Stadtbaudrat Leuer eine Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltung zur Frage, was in die grüne Tonne darf und zur Papierüte an.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg begrüßt die angekündigte Kampagne und ergänzt die Anregung, hier die Aufklärung über die Vorteile der Bioabfallvergärung für den Klimaschutz einzubeziehen.

Ratsfrau Kluth bittet die Verwaltung bei ihrer Kampagne zu berücksichtigen, dass die Zahl der regelmäßigen Zeitungsleserinnen und -leser zurückgeht und eine vielfältige Öffentlichkeitsarbeit angezeigt ist.

Zum Hinweis von Ratsherr Kühn, den Handel, der Beutel aus biologisch abbaubaren Kunststoffen (BAK) verkauft und durch das Label einen falschen Eindruck erweckt, gezielt anzuschreiben, informiert Stadtbaudrat Leuer, dass damit bereits vor einigen Monaten durch die

Verwaltung begonnen und Gespräche geführt wurden.

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigelegte Achte Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

7. Umgestaltung Fritz-Bauer-Platz

23-21814

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth erinnert daran, dass die Vorlage 23-21814 in der Sitzung dieses Ausschusses am 6. September 2023 zurückgestellt wurde, da die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN Beratungsbedarf geltend gemacht hatte.

Ratsherr Dr. Plinke erläutert für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN das Ziel, nicht nur eine optische Aufwertung zu erreichen, sondern auch verkehrliche Defizite im näheren Umfeld des Platzes abzubauen. Hier führt er u.a. eine für den Radverkehr wünschenswerte West – Ost-Verbindung im Bereich Marstall an. Nach Gesprächen mit der Verwaltung ist die Fraktion zu der Einschätzung gelangt, zunächst nur die Umgestaltung des Fritz-Bauer-Platzes zu beschließen. Die Verwaltung sichert in diesem Zusammenhang zu, dass die Umgestaltung künftige verkehrliche Lösungen im Umfeld des Fritz-Bauer-Platzes nicht verhindert.

Beschluss:

„Der Planung und der Umgestaltung des Fritz-Bauer-Platzes in der als Anlage 1 beigelegten Fassung wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 7 dagegen: 3 Enthaltungen: 0

8. Eckpunktepapier zur Realisierung eines städtischen Fahrradverleihsystems

23-21321

8.1. Eckpunktepapier zur Realisierung eines städtischen Fahrradverleihsystems

23-21321-01

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth erinnert an die bereits in der Sitzung dieses Ausschusses am 13. Juni 2023 vorgesehene Beratung der Vorlage 23-21321. Aufgrund des seitens der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN angemeldeten Beratungsbedarfs hatte dieser Ausschuss mehrheitlich einer Zurückstellung der Vorlage zugestimmt.

Stadtbaudirektor Leuer führt in die Thematik ein.

Ratsherr Wirtz kritisiert die sich durch die Veränderung des Tarifkonzepts (30 statt 15 Minuten) ergebenden Einnahmeausfälle.

Stadtbaudirektor Leuer stellt dar, dass eine Vielzahl der Wege in der Innenstadt und den Ringgebieten erfolgen werden und weniger als 15 Minuten dauern. Insofern wird sich hieraus keine Kostenänderung ergeben. Für das Marketing des Fahrradverleihsystems erwartet er jedoch aus der geänderten Tarifstruktur eine wesentliche Auswirkung.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg spricht sich für eine einheitliche App für die Ausleihe der Fahrräder aus. Nach seiner Auffassung sind die Mehrzahl der Leihfahrradnutzenden in Städten Besucher der Städte. Dass für die Braunschweigerinnen und Braunschweiger viele Leihfahrräder benötigt werden, glaubt er hingegen nicht.

Stadtbaudirektor Leuer hebt die Bedeutung des Aspekts der App hervor. Als komfortabel erscheint eine Kombination, die die gesamte Mobilität in Braunschweig abdeckt. Dies ist in der weiteren Planung zu verfolgen.

Auf Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke bestätigt Stadtbaurat Leuer die Möglichkeit, Fahrten mit Leihräder an allen Stationen oder Flex-Zonen beenden zu können.

Stadtbaurat Leuer erklärt zur Frage von Ratsfrau Kluth hinsichtlich der Implementierung der Leihfahrräder der Wohnungsbaugenossenschaften in das städtische System, dass es das Ziel sein muss, möglichst viele Systeme in das Gesamtsystem zu integrieren.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über die Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage 23-21321-01 abstimmen.

Beschluss zu Ergänzungsvorlage 23-21321-01:

„Das als Anlage beigelegte Eckpunktepapier wird als Grundlage für die angestrebte Ausschreibung eines städtischen Fahrradverleihsystems beschlossen.“

Abstimmungsergebnis zu Ergänzungsvorlage 23-21321-01 (Empfehlung an den VA):

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

9. Planung einer barrierefreien Wegeverbindung in Leiferde zwischen Thiedebacher Weg und Bahnhofstraße im Zuge der Reaktivierung des DB-Haltepunktes Leiferde 23-22263

Herr Wiegel führt in die Vorlage 23-22263 ein. Die bei der Anhörung des Stadtbezirksrats 211 Braunschweig-Süd am Vortag vorgetragene Bitte, die Rampe auf der Westseite auch Richtung Norden anzurichten und die Schieberampe auf der Ostseite so auszubilden, dass diese von Radfahrerenden mit Anhänger, Lastenfahrrädern und mit Kinderwagen nutzbar ist, wird die Verwaltung im Zuge der weiteren Planung zu prüfen.

Auf Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke informiert Herr Wiegel, dass das Gebäude Bahnhofstraße 15 B nach seiner Kenntnis unabhängig von dem hier vorgestellten Vorhaben zum Abbruch vorgesehen wurde. Die von Ratsherr Dr. Plinke nachgefragte Entkoppelung der barrierefreien Wegeverbindung zwischen Thiedebacher Weg und Bahnhofstraße und der Planung des Bahnhaltepunktes erachtet Herr Wiegel als schwierig. Die Verwaltung strebt sinnvollerweise ein gemeinsames Planverfahren mit der Deutschen Bahn AG (zur Anlage des Bahnhaltepunktes) an.

Zur Planung der Rampenanlage sensibilisiert Herr Wolff, händische Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer zu berücksichtigen. Jedes zusätzliche Prozent Steigung bedeutet einen größeren Aufwand für diesen Personenkreis.

Ratsfrau Kluth begrüßt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Vorlage 23-22263 ausdrücklich, da zahlreiche Punkte aus dem Änderungsantrag 22-19288-01 aufgenommen wurden. Sie bittet die Verwaltung, bei der Deutschen Bahn AG anzuregen, das Erfordernis eines Aufzugs auf den Bahnsteig zu überdenken.

Beschluss:

„Der Planung einer barrierefreien Stadtteilverbindung in Leiferde zwischen Thiedebacher Weg und Bahnhofstraße in Leiferde wird mit Herstellung einer barrierefreien Rampe auf der Westseite und der Herstellung einer Treppe mit Schieberampe und Fahrstuhl auf der Ostseite von der Stadt im Zuge der Reaktivierung des DB-Haltepunktes Leiferde weiterverfolgt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

10. Anfragen

- 10.1. "Was stoppt dich...?": Ergebnisse der Online-Beteiligung zur Verbesserung des Radwegenetzes** 23-22215
10.1.1."Was stoppt dich...?": Ergebnisse der Online-Beteiligung zur Verbesserung des Radwegenetzes 23-22215-01

Ratsherr Dr. Plinke bringt die Anfrage 23-22215 für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN ein.

Stadtbaudirektor Leuer beantwortet die Anfrage mit der Stellungnahme 23-22215-01.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 23-22215-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 10.2. Gummibäume, Poller und kreative Stadtgestaltung für sehbehinderte Menschen** 23-22103
10.2.1.Gummibäume, Poller und kreative Stadtgestaltung für sehbehinderte Menschen 23-22103-01

Stadtrat Leuer beantwortet die Anfrage 23-22103 mit der Stellungnahme 23-22103-01.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 23-22103-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 10.3. Moia: Neuer Mobilitätsbaustein auch für Braunschweig?** 23-22256
10.3.1.Moia: Neuer Mobilitätsbaustein auch für Braunschweig? 23-22256-01

Ratsherr Möller bringt die Anfrage 23-22256 für die FDP-Fraktion ein.

Herr Wiegel beantwortet die Anfrage mit der Stellungnahme 23-22256-01.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 23-22256-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 10.4. DRINGLICHKEITSANFRAGE: Unseren Innenstadthandel gerade in der Weihnachtszeit stärken - Parkplätze sichern und bereitstellen** 23-22355
10.4.1.DRINGLICHKEITSANFRAGE: Unseren Innenstadthandel gerade in der Weihnachtszeit stärken - Parkplätze sichern und bereitstellen 23-22355-01

Ratsherr Pohler bringt für die CDU-Fraktion die Anfrage 23-22355 ein.

Stadtrat Herlitschke beantwortet die Anfrage mit der Stellungnahme 23-22355-01 und hebt hervor, dass die Verwaltung regelmäßig und anlassbezogen mit dem Arbeitsausschuss Innenstadt (AAI) in intensivem Austausch steht und Problemlagen erörtert.

Auf Hinweis von Ratsherr Dr. Plinke sagt Stadtrat Herlitschke beim Konzept für eine gute Erreichbarkeit der Innenstadt in der Vorweihnachtszeit eine Beteiligung des Stadtbezirksrats 130 Innenstadt in seiner Sitzung Ende November zu zu.

Stadtbaudirektor Leuer ergänzt in Bezug auf den zur Nutzung als Parkplatz vorgesehenen Wollmarkt, dass die Lichtsignalanlage Lange Straße/Alte Waage zusätzlicher Verkehrsströme aus heutiger Sicht der Verwaltung keiner Anpassung bedarf.

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke verlässt um 17:42 Uhr die Sitzung.

Auf Bitten von Ratsfrau Mundlos sagt Stadtrat Herlitschke zu, das Konzept den Stadtbezirksräten als Mitteilung außerhalb von Sitzungen zur Verfügung zu stellen.

Ratsfrau Jalyschko begrüßt die von der Verwaltung angekündigte Erstellung eines Konzepts, erachtet die Einrichtung eines temporären Parkplatzes auf dem Wollmarkt als populistischen Vorschlag. Der Wollmarkt liegt in einem durch Parksuchverkehr bereits hochbelasteten Wohnquartier und liefere einen nur symbolischen Beitrag. Es sollte aus ihrer Sicht die Gelegenheit genutzt werden, andere Möglichkeiten zur Stärkung der Erreichbarkeit der Innenstadt in den Vordergrund zu stellen und nennt hierfür beispielhaft den P+R-Verkehr, Verstärkerfahrten im ÖPNV und zusätzliche überdachte Stellplätze für den Radverkehr.

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke nimmt ab 17:45 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Stadtrat Herlitschke bekräftigt, dass die Bedenken des AAI von der Verwaltung ernst genommen werden und versucht wird, adäquate Lösungsmöglichkeiten anzubieten. Zur temporäre Nutzung des Wollmarktes an den vier Adventswochenenden verweist er auf das Bemühen der Verwaltung zu einer konsensualen Lösung zu kommen.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg bezieht sich auf einen Artikel auf der Nachrichtenwebsite Spiegel Online zu einer neuen Studie der RWTH Aachen über das Verhältnis von Innenstadtparkplätzen und Einzelhandel. Er fragt, ob diese Studie von der Verwaltung beschafft und den Mitgliedern dieses Ausschusses zur Verfügung gestellt werden kann.

Stadtbaudirektor Leuer Studie erklärt, dass die Studie der Verwaltung noch nicht vorliegt und aktuell nur englischsprachig erhältlich ist.

Protokollnotiz:

Link zum Artikel auf Spiegel-online: <https://www.spiegel.de/auto/einzelhandel-parkplaetze-vor-der-ladentuer-sind-schlecht-fuers-geschaeft-studie-aus-aachen-a-c94e491e-1acc-40d7-84fe-b3e7ef6f75f0>

Link zur Studie der RWTH Aachen:

<https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0966692323002053?via%3Dihub>
(Anmerkung: Die Internetadresse muss in die Adresszeile des Browsers kopiert werden.)

Im Anschluss an die Beantwortung der Anfrage 23-22355 unter TOP 10.4 findet in der Zeit von 17:49 Uhr bis 18:00 Uhr die Einwohnerfragestunde statt.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos verlässt um 17:50 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos nimmt ab 17:53 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Im Anschluss an die Einwohnerfragestunde wird die Sitzung mit TOP 10.5 Mündliche Anfragen fortgesetzt.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 23-22355-01 wird zur Kenntnis genommen.

Im Anschluss an die Beantwortung der Anfrage 23-22355 unter TOP 10.4 findet in der Zeit von 17:49 Uhr bis 18:00 Uhr die Einwohnerfragestunde statt.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos verlässt um 17:50 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos nimmt ab 17:53 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Im Anschluss an die Einwohnerfragestunde wird die Sitzung mit TOP 10.5 Mündliche Anfragen fortgesetzt.

10.5. Mündliche Anfragen

10.5.1

Ratsherr Kühn stellt unter Bezugnahme auf die Fahrbahnmarkierungen im Straßenverkehr folgende Fragen:

1. An welchen Stellen werden in Braunschweig Markierungen mit verbesserter Nachsichtbarkeit bei Nässe eingesetzt (Typ II) und gehören Markierungen von geschützten Radfahrstreifen und Radsicherheitsstreifen dazu?
2. Wenn die Markierungen von geschützten Radfahrstreifen und Radsicherheitsstreifen nicht mit verbesserter Nachsichtbarkeit bei Nässe (Typ II) ausgeführt werden – warum?
3. Wenn die Markierungen von geschützten Radfahrstreifen und Radsicherheitsstreifen mit verbesserter Nachsichtbarkeit bei Nässe (Typ II) ausgeführt werden – Was wird getan um die Dauerhaftigkeit der Nachsichtbarkeit bei Nässe zu gewährleisten, z.B. wie oft werden die Markierungen überprüft und ggf. erneuert?

Herr Wiegel beantwortet die Fragen zusammenfassend wie folgt:

Die Auswahl der Markierung nach Typ I oder Typ II erfolgt in Abhängigkeit der Verkehrsklasse, der täglichen Verkehrsmenge je Fahrstreifen und der Anzahl der Radüberrollungen. Aufgrund der allgemein hohen Verkehrsmengen auf markierten Stadtstraßen wird in der Regel - und dieses gilt auch für die Markierung von Radfahrstreifen sowie Sicherheitsstreifen - der Markierungstyp II als Dauermarkierung im gesamten Stadtgebiet verwendet.

Für untergeordnete Bereiche, die weniger beansprucht werden oder nur eine ordnende Funktion besitzen, wie z. B. Stellplatzmarkierungen, Grenzmarkierungen (Zick-Zack-Markierung nach Verkehrszeichen 299) oder Schraffuren werden auch in Typ I markiert.

Je nach der Anzahl der Überrollungen sind Markierungen in Heißplastik Typ II nach 5 bis 7 Jahren abgängig. Die Sichtbarkeit lässt dadurch nach, dass die vom Hersteller in die Heißplastik eingebrachten Reflexionskörper durch die Beanspruchung herausgebrochen sind. Um den Zeitraum der Sichtbarkeit zu verlängern, wird durch den Dienstleister in Braunschweig bei der Verwendung von Heißplastik der Anteil der Reflexionskörper manuell erhöht.

Die Prüfung und Erneuerung der Markierung erfolgt eigenverantwortlich durch den Dienstleister und ggf. gesondert auf Anweisung durch die Verwaltung.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 18:31 Uhr.

gez. Kluth
Kluth
- Vorsitz -

gez. Leuer
Leuer
- Stadtbaurat -

gez. Herlitschke
Herlitschke
- Stadtrat -

gez. Ender
Ender
- Schriftführung -